

Dezember 2017

Veränderte globale Sicherheitslage

Eine Analyse von VSWW-Mitglied Dr. Bruno Lezzi



Inhalt

Vorwort	3
1 Einleitung	4
2 Donald Trump – eine Neuinterpretation von Sicherheitspolitik	5
2.1 Die sicherheitspolitischen Baustellen der USA	7
2.2 Die USA und die Beziehung zur NATO	7
3 Abhängige Europäische Sicherheitspolitik	9
4 Fazit	11

Vorwort

Wohl eine der bedeutendsten sicherheitspolitischen Zäsuren jüngerer Zeit stellt der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 dar, als der Untergang der Sowjetunion eingeläutet wurde. Feste und klare sicherheitspolitische Rahmenbedingungen galten fortan nicht mehr, das bipolare Weltbild, welches in einen kommunistischen Osten und in einen kapitalistischen Westen eingeteilt war, bröckelte in sich zusammen. In den vergangenen 28 Jahren hat sich die Welt ständig verändert. Es erklärt sich beinahe von selbst, dass eine sicherheitspolitische Analyse aus dem Jahr 1989 ein komplett anderes Resultat lieferte, als es diese 2017 tut. Kurz gesagt: Nichts ist mehr so, wie es einmal war. Verschiedene Faktoren und Konstellationen haben dazu geführt, dass das sicherheitspolitische Umfeld viel komplexer und teilweise gar unüberschaubar wurde.

Wäre das Ausmass an Komplexität und Unüberschaubarkeit nicht schon genug, sieht sich die Weltgemeinschaft seit Beginn dieses Jahres mit einem neuen Phänomen konfrontiert: Donald Trump. Der amtierende amerikanische Präsident wählt einen mehr als fragwürdigen Weg und stellt die global einflussreiche amerikanische Sicherheitspolitik konsequent in Frage. Ist dieses Vorgehen politisches Kalkül? Oder sitzt auf dem mächtigsten Stuhl der

Welt einfach ein naiver, unerfahrener Dilettant, welcher nichts Geringeres als einen Dritten Weltkrieg riskiert?

Unser geschätztes VSWW-Mitglied Dr. Bruno Lezzi hat sich als versierter sicherheitspolitischer Experte einen Namen gemacht und gehört zu deren Besten in unserem Land. Als Kenner und langjähriger Beobachter der Weltgeschehnisse kennt er die weitreichenden Zusammenhänge und versteht es, Tendenzen und Entwicklungen schon früher als andere richtig zu interpretieren. In der vorliegenden Sicherheitspolitischen Information des VSWW nimmt Dr. Lezzi eine sicherheitspolitische Analyse vor und stellt dar, welche Auswirkungen die Präsidentschaft Trump auf die globale Sicherheitspolitik bisweilen hatte.

An dieser Stelle danke ich Herrn Dr. Lezzi ganz herzlich für seine Arbeit und wünsche ihm, wie auch allen anderen VSWW-Mitgliedern, Gönnern und Lesern dieser Ausgabe, frohe Festtage und einen guten Übertritt ins Jahr 2018.

Dr. Günter Heuberger, Präsident



1. Einleitung

Zuerst von niemandem ernst genommen, dann weltweit verspottet und schliesslich doch zum amerikanischen Präsidenten gewählt. Mit diesem kurzen Satz könnte die Politikkarriere von Donald J. Trump beschrieben werden. Seine «Hire-and-fire-Rhetorik», welche er stets als Showman im US-Fernsehen benutzt hatte, übertrug er in den Wahlkampf, was im amerikanischen Establishment für grösstmögliche Verwirrung sorgte. Galt doch eigentlich medial Hillary Clinton bereits als gewählt, rieben sich am 8. November 2016 viele Leute die Augen, als Donald Trump zum Wahlsieger proklamiert wurde.

Im Vorfeld der Amtseinführung von Präsident Trump vertraten nicht wenige Experten die Meinung, dieser werde sich dann schon noch den weltpolitischen Gesetzmässigkeiten fügen. Doch weit gefehlt: Wie ein Elefant im Porzellanladen versucht Trump, den «Laden» umzukrempeln und nichts so zu belassen, wie es einmal war. Zudem will er wahr machen, was viele als unmöglich gehalten haben: die Realisierung seiner Wahlversprechen. So sind beispielsweise die Mauer an der Grenze zu Mexiko oder die Abschaffung von

«Obama-Care» keine Pläne aus der Zeit des Wahlkampfes mehr, sondern sie werden zum realen Politikum. Und schliesslich zeigt auch die – wie mit einem Paukenschlag verkündete – Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, dass Trump mit dem Ziel, für eine allfällige Auseinandersetzung mit Iran die Partnerschaft mit Israel zu festigen, weitere Unrast in der nahöstlichen Krisenregion in Kauf nimmt.

Manche Europäer werden sich gesagt haben, dass die Amerikaner selber entscheiden sollen, was für sie gut und richtig sei. Wenn also ein Charakter wie Trump als Präsident gewünscht ist, so sollen sie damit leben. Schliesslich ist Amerika weit weg und ein ganzer Ozean liegt erst noch dazwischen. Eine solche Betrachtungsweise greift allerdings zu kurz. Die USA sind auch trotz dem Aufschwung im Fernen Osten nach wie vor die Weltmacht Nummer 1. Was die USA entscheiden, hat globale Auswirkungen – auch auf Europa. Die USA dominieren die globale Sicherheitspolitik. Stellt die Regierung Trump deren Ausrichtung grundsätzlich in Frage, hätte dies gegebenenfalls gravierende Konsequenzen.

Zum Autor

Dr. Bruno Lezzi wurde am 13. Juni 1945 in Zürich geboren. Er schloss sein Studium an der Universität Zürich mit der Dissertation «General Ulrich Wille und die Kriegsbereitschaft der Schweizerischen Armee beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges» ab. Von 1972 bis 1983 arbeitete er im damaligen Stab der Gruppe für Generalstabsdienste. In seiner letz-



ten Funktion war er für den Stab der Untergruppe Nachrichtendienst und Abwehr (UNA) verantwortlich. Von 1984 bis Ende Juni 2009 war er als Redaktor für Sicherheits- und Militärpolitik der Neuen Zürcher Zeitung tätig. Im Militär bekleidete er den Rang eines Obersten im Generalstab. Zuletzt gehörte er der Sachgruppe Strategie des Armeechefs an. Er war Mitglied der Kommission für militärische Friedenseinsätze und der Milizkommission des Chefs des VBS. Er hielt sich verschiedentlich in Kriegs- und Krisengebieten auf – 1995 in Tschetschenien, 1996 in Bosnien und mehrere Male in Afghanistan.

2. Donald Trump – eine Neuinterpretation von Sicherheitspolitik



Donald Trump – Immobiliengigant und Showman – seit 2017 Präsident der USA (© wikicommons)

Wer gegenwärtig Einschätzungen der weltpolitischen Lage vornimmt oder sogar Prognosen wagen will, begibt sich zwangsläufig aufs Glatteis. Denn fast täglich ist mit neuen Überraschungen zu rechnen; und so gesehen können sicherheits- und verteidigungspolitische Analysen trotz unaufhörlich fließender Publikationsströme nur vorläufigen Charakter haben. Prinzipiell hat sich an der weltweiten Sicherheitslage nur wenig geändert, auch wenn sich Konfliktpotenzial und Bruchlinien im weltpolitischen Gefüge noch deutlicher zeigen, als dies beispielsweise vor einem Jahr der Fall

gewesen ist. Die bekannten Krisen- und Brandherde in Ostasien, in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten und in Osteuropa bestimmen nach wie vor die aussenpolitische und militärstrategische Agenda. Und der Terrorismus in all seinen Schattierungen wird noch auf lange Sicht eine unübersehbar-düstere Drohkulisse bilden. Zudem gilt grundsätzlich: Kriegserklärungen, Kapitulationen und Friedensschlüsse gehören der Vergangenheit an. Konflikte schwellen an und ab und bilden dauernde Unruhe- und Gefahrenherde – ohne Aussicht auf eine dauerhafte Friedenslösung.



US-Soldaten trainieren irakische Soldaten im Kampf gegen den Islamischen Staat (© flickr)

Neu ist hingegen, dass nun ein Präsident an der Spitze der Vereinigten Staaten von Amerika steht, der sich durch eine selbstherrliche Leitung der Regierungsgeschäfte, durch öffentliche Verunglimpfungen von Spitzenexponenten seiner Administration und durch eine Flut von mehr oder minder trefflichen Tweets ins Spiel bringt. Strategisches Denken in den Kategorien von Zielen, Wegen und Mitteln, wie es der preussische Kriegsphilosoph Carl von Clausewitz in seinem Werk «Vom Kriege» entwickelt hatte, und wie es beispielsweise auch von Henry Kissinger gepflegt wurde, ist Donald Trump fremd. Immerhin gehören zum engsten Kreis des Präsidenten aber strategisch geschulte Fachleute wie Verteidigungsminister Jim Mattis und Sicherheitsberater Herbert McMaster. Wie weit deren Einfluss wirklich reicht, weiss aber niemand. Jedenfalls steht die Frage im Raum, ob die einst weit verbreiteten Meinungen, dass auch Trump sich mit seinen markigen Absichts-

erklärungen nicht strategischen Gesetzmässigkeiten entziehen werden könne und die USA somit auch längerfristig in strategisch wichtigen Räumen präsent sein würden, nicht etwas gar optimistisch waren.

Trumps Gedankenwelt erschliesst sich am besten im Buch «The Art of the Deal», welches dieser zusammen mit einem Mit-Autor vor 30 Jahren auf den Markt geworfen hat. Darin präsentiert er – aufgrund seiner vornehmlich im Immobilienwesen gewonnenen Erfahrungen – Rezepte für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit. Bei seinem Besuch in Zürich Anfang Oktober 2017 hat der ehemalige General und frühere CIA-Direktor David Petraeus den Hauptinhalt des knapp 400 Seiten umfassenden Bandes in kürzestmöglicher Form prägnant zusammengefasst: «Give your counterpart a punch on the nose and then start negotiations». Ob eine solche simple Philosophie in Verbindung mit einer schroffen «America first»-Vision wirklich der geeig-

nete Ansatz zur Lösung der zahlreichen und erst noch vernetzten Regionalkonflikte sein kann, ist zu bezweifeln. Dies zeigt nur schon ein kurzer Blick auf das gegenwärtige Lagebild.

2.1 Die sicherheitspolitischen Baustellen der USA

Auch nach Trumps Asienreise und insbesondere nach dem überraschend doch recht gut gelungenen Besuch Chinas bleibt die Nordkorea-Frage offen. Dies ist insofern nicht erstaunlich, als in den über sechzig Jahren seit dem Waffenstillstand alle Entspannungsbemühungen vergeblich gewesen sind. Vernünftigerweise hat Trump von seiner anfänglichen Kriegsrhetorik, von der Drohung mit massiver Vergeltung, Abstand genommen. Weder mit chirurgischen Eingriffen gegen das nordkoreanische Nuklearpotenzial aus der Luft noch mit Bodenoperationen könnten Entscheidungen herbeigeführt werden. Hunderttausende, ja Millionen von Toten wären zu beklagen. Zudem würde China die Ausdehnung der amerikanischen Einflusssphäre bis an seine Grenzen kaum dulden. Man wird sich wohl oder übel mit Nordkorea als Nuklearmacht abfinden müssen, wie dies auch bei Pakistan der Fall war.

Mit China werden die USA in einen kontinuierlichen Dialog nach dem Muster der mit der Sowjetunion im Kalten Krieg gepflegten «Koexistenz» eintreten müssen. Ein Krieg gegen China, wie ihn die in Santa Monica domizilierte amerikanische Denkfabrik «Rand Corporation» kürzlich zur Diskussion stellte, ist nicht zu führen, es sei denn, man nähme apokalyptische Entwicklungen in Kauf. Unter Trumps Ägide wurde hingegen die Afghanistan-Strategie angepasst: Durch zusätzliche Soldaten und den weitgehenden Verzicht auf Massnahmen zur Demokratisierung des staatlichen Systems sollen die Taliban eingedämmt und zurückgeworfen werden. Truppenverstärkungen mit dem Ziel «Kill more terrorists» sind aber keine Strategie. Mit besser ausgebildeten afghanischen Soldaten und Polizisten werden letztlich nur korrupte Strukturen gestützt. Im Gegensatz zu Petraeus, der Trumps Konzept in Zürich grundsätzlich verteidigte, sieht sein Vorgänger im Kommando der ISAF, der frühere General Stanley McChrystal, eine Besserung der Verhältnisse nur dann, wenn Korruption und politische Vetternwirtschaft eliminiert werden.

Noch weniger ermutigend ist die zurzeit im Nahen und Mittleren Osten herrschende Situation: Irak und Syrien sind im Kampf zahlloser religiöser und ethnischer Interessengruppen zerriebene, fragmentierte Staatswesen. Trotz der militärisch offensichtlich gelungenen Ausschaltung des Islamischen Staates als Territorialmacht wird das allenthalben bestehende Vakuum durch Iran und Russland für ihre jeweiligen strategischen Ziele gefüllt. Iran ist nun bald in der Lage, seinen Einfluss bis ans Mittelmeer auszudehnen, was die Gefahr einer Konfrontation mit Israel in einem möglichen nächsten Libanon-Krieg gegen die Hisbollah drastisch erhöht. Zudem droht eine kriegerische Konfrontation mit Saudi-Arabien um die Vormachtstellung im arabischen Raum. Auch hier vermisst man eine klare amerikanische Strategie. Bei seiner mit Rüstungsgeschäften verbundenen Visite Riads hat Trump offenbar übersehen, dass auf dem Territorium des mit den Saudis verfeindeten Katars die wesentlichste Basis der amerikanischen Streitkräfte im Nahen und Mittleren Osten liegt. Die Suche nach einer Strategie der USA ähnelt deshalb einem Gang durch ein Labyrinth, weil die Interessenlagen derart unterschiedlich sind. So trägt die Türkei, die sich mit Händen und Füßen gegen jegliche Staatenbildung durch die Kurden wehrt, die Strategie der USA schon seit längerem nicht mehr mit, sondern kauft als NATO-Land sogar russische S-400-Luftabwehrsysteme. Und noch schwieriger dürfte es werden, wenn im Fall einer Kündigung des Atomabkommens mit Iran die europäischen Partner bei der Stange gehalten werden sollten.

2.2 Die USA und die Beziehung zur NATO

Gerade die NATO war das erste Ziel von Trumps anfänglichen Rundumschlägen. Umso gespannter wartete dann die sogenannte Strategic Community an der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz auf Erklärungen und allfällige Präzisierungen von Vizepräsident Mike Pence und Verteidigungsminister James Mattis. Diese bekräftigten zwar die unerschütterliche Bindung der USA an die Verpflichtungen gegenüber der Allianz; sie liessen aber keine Zweifel darüber aufkommen, dass Washington in der Frage des «burden sharing» keine Kompromisse eingehen wolle. Die auf dem NATO-Gipfel



US-Truppen an einer NATO-Übung in Litauen (© wikicommons)

in Wales 2014 beschlossene und 2016 in Warschau bekräftigte Forderung, dass die Verteidigungsausgaben in den nächsten zehn Jahren generell auf eine Marke von zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts angehoben werden müssten, sei unumstößlich, meinte Mattis, und verlangte überdies jährliche Rechenschaftsberichte über die getroffenen Massnahmen. Diese Praxis wird nun auch berücksichtigt. Man beachte aber: Solche Debatten sind nicht neu: Bereits im Juni 2011 hatte der damalige, kurz vor seinem Rücktritt stehende Verteidigungsminister Robert Gates bei einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel die Bündnispartner eindringlich, aber sehr viel differenzierter als Präsident Trump an ihre Verpflichtungen erinnert. Es sei unakzeptabel, dass sich Länder nicht dazu bereithalten könnten, Risiken und Kosten zu teilen, meinte er.

Zurzeit sind Fragen nach der Zukunft des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu ihren NATO-Partnern et-

was in den Hintergrund getreten, insbesondere auch deshalb, weil verschiedene NATO-Länder mit der Erhöhung ihrer Verteidigungshaushalte ernst machen. Überdies haben die bereits seit längerem laufenden Aktivitäten der NATO in Osteuropa keine Veränderungen erfahren. Programme wie die amerikanische «European Reassurance Initiative» mit dem Übungspaket «Atlantic Resolve» und der «Readiness Action Plan» der NATO zur Unterstützung Polens und der baltischen Staaten werden ohne Einschränkungen realisiert. Ausdruck dieser Anstrengungen ist die «Enhanced Forward Presence», das heisst: jeweils ein multinationales Bataillon in Estland, Lettland und Litauen und ein ebenfalls im Rotationsverfahren in Polen eingesetztes «Armoured Brigade Combat Team» der US Army. Daran beteiligt sind immer rund 20 NATO-Staaten.

Diese vier Truppenkörper sowie Luft- und Seestreitkräfte der Allianz sollen die Bedeutung unterstreichen,

welche die NATO der Bündnisverteidigung zumisst. Abgestützt auf das nukleare Potenzial, sollen sie Russland vor einer möglichen Intervention im Baltikum abschrecken. Und überdies ist als rasch verfügbarer Eingreifverband die rund 5000 Soldaten starke «Very High Readiness Joint Task Force», die sogenannte Speerspitze der schnellen Eingreiftruppe der NATO, vorgesehen. Und nun soll auch die Kommandostruktur des Bündnisses in operativer und logistischer Hinsicht angepasst werden (Neuaufgabe von SACLANT als drittes Joint Force Command neben Brunssum und Neapel und ein logistisches Kommando). Sollte Russland, wie in einer Studie der Rand Corporation¹ in Santa Monica

skizziert, mit starken Kräften überraschend im Baltikum eingreifen, wäre Widerstand wohl nur in einem begrenzten Zeitraum zu leisten. Dies unterstreichen auch Berichte, welche sich offenbar auf geheime Dokumente stützen.

Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die russischen Landstreitkräfte, die seit den ernüchternden Erfahrungen des Georgienkrieges von 2008 zwar laufend modernisiert werden, nicht in der Lage sind, Terrain dauerhaft zu halten, wie aus einem kürzlich veröffentlichten Buch des Royal United Services Institute (RUSI) hervorgeht. Sollten die Spannungen mit Russland noch auf längere Sicht andauern, so wird auch das «European Command» als eines der sechs Regionalkommandos (Combatant Commands) der amerikanischen Streitkräfte seine Bedeutung behalten. Und somit stünde auch das Engagement der USA bei der NATO nicht zur Debatte.

¹ Vgl. Studie «Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank»; LINK: https://www.rand.org/pubs/research_reports/RR1253.html [30.11.2017].

3. Abhängige Europäische Sicherheitspolitik

Während die Annexion der Krim und die kriegerischen Verwicklungen in der Ukraine die NATO als Instrument der Abschreckung und Bündnisverteidigung unverzüglich ins Rampenlicht gerückt haben, ist das Interesse an den sicherheits- und verteidigungspolitischen Vorstellungen und Massnahmen der Europäischen Union (EU) etwas gesunken. Dies ist erstaunlich, denn immerhin hat die EU letztes Jahr ihre globale Strategie für die Sicherheits- und Aussenpolitik veröffentlicht, die als Leitlinie für unzählige Projekte und die Umsetzung von Konzepten dient. Die Unsicherheiten nach der Amtsübernahme durch Präsident Trump und der Beschluss Grossbritanniens, aus der EU auszutreten, haben der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) – zumindest in wortreichen Erklärungen – wieder Auftrieb verliehen und vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Der französische

Staatspräsident Emmanuel Macron erhebt sogar den Ruf nach einer europäischen Verteidigungsunion. Vorherhand beschränken sich die Aktivitäten aber noch auf strukturelle Fragenkreise.

Mit der im Vertrag von Lissabon 2007 vorgesehenen Strukturierten Zusammenarbeit sollen Streitkräfte ihre jeweiligen Kooperationsformen aufbauen und festigen. Beispiele dafür sind: das Eurokorps in Strassburg, das Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven und neuerdings die gemeinsame deutsch-französische Lufttransportstaffel in der Normandie. Diese soll allerdings erst 2021 operationell sein. In denselben Rahmen gehört auch die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung. Und schliesslich soll ein Verteidigungsfonds dazu beitragen, die Realisierung gemeinsamer Rüstungsprojekte zu fördern. Impulse sind nötig, denn die bis jetzt erzielten Resultate der schon einige Jahre

alten Initiative «Pooling and Sharing» sind doch eher bescheiden. Gerade im Rüstungssektor wird die Erhaltung einer eigenständigen nationalen Industriebasis noch immer als Ausdruck nationaler Souveränität aufgefasst.

Im Weiteren will die EU ihre operationellen Kapazitäten verstärken. Das 1999 in Helsinki gesteckte sogenannte «Headline Goal», 50 000 bis 60 000 Soldaten innert 60 Tagen für Einsätze zur Verfügung zu halten, ist praktisch in Vergessenheit geraten. Und die nach der Jahrtausendwende geschaffenen Battle Groups sind bis jetzt noch nie eingesetzt worden. Immerhin hat man sich jetzt dazu entschieden, einen sogenannten Planungs- und Durchführungsstab in Brüssel zu bilden. In den Augen von Insidern der europäischen Sicherheitsarchitektur ist dieser vor allem für Trainingsaktivitäten vorgesehene Stab allerdings von begrenzter Bedeutung. Die Lösung, gemäss der sogenannten Berlin-plus-Vereinbarung von 2002 fallweise auf Kapazitäten des Bündnisses greifen zu können und die operative Verantwortung dem Deputy Saceur zu übertragen, hat sich eigentlich als zweckmässig erwiesen. Jetzt, da Grossbritannien keine Einwände gegenüber der Bildung von EU-eigenen Führungsstrukturen geltend machen kann, hat man auch in dieser Hinsicht freiere Bahn.

Trotz der Erklärung von Saint-Malo 1998 hat Grossbritannien die Akzente auf die Allianz oder auf bilaterale

Verträge, wie etwa auf das Verteidigungsabkommen mit Frankreich zur Stützung der jeweiligen Nuklearstreitkräfte, gesetzt. Da das Vereinigte Königreich weiterhin ein starker NATO-Partner bleiben wird, dürfte sich grundsätzlich wenig ändern. So dürfte beispielsweise auch das britische Hauptquartier in Northwood zur Führung der Antipiratenmission im Indischen Ozean im Rahmen der «Berlin-plus-Regelung» weiterhin für die Operation «Atalanta» genutzt werden können. Die EU ist sich im Klaren, dass eine Verstärkung ihrer Verteidigung nur in enger Absprache und Zusammenarbeit mit der NATO erfolgen kann, wie dies in der gemeinsamen Erklärung vom 8. Juli 2016 zum Ausdruck kommt. Jede Anstrengung der europäischen NATO-Staaten kommt ja letztlich dem Bündnis zugute.

Als ausserhalb der NATO und der EU stehender Beobachter kann man sich jedoch die Frage stellen, ob der zeitraubende und personalaufwendige Koordinationsaufwand nicht gesenkt werden könnte. Dieser scheint jedoch insofern unumgänglich zu sein, als die Mitgliedschaften in NATO und EU nicht völlig deckungsgleich sind. Die Suche nach einer Aufgabenteilung gemäss integriertem Ansatz wird jedenfalls nicht einfach sein. Trotz vollmundiger Absichtserklärungen wird die Verteidigung Europas gemäss Artikel 5 des Nordatlantikvertrages bei der NATO bleiben.

4. Fazit

Die USA sind nicht in der Lage, an allen Brennpunkten aus eigener Kraft einzugreifen. Sie sind mit anderen Worten auf Unterstützung angewiesen, auf Allianzen und Koalitionen. Dies hält die letzte gültige Nationale Sicherheitsstrategie von 2015 unmissverständlich fest: «Our closest partners and allies will remain the cornerstone of our international engagement.» Und der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Joseph Dunford, bezeichnet Alliierte und Partner in einer Ausgabe der Zeitschrift «Joint Force Quarterly» sogar als «Our Strategic Center of Gravity»², also das Herz physischer und moralischer Kraftentfaltung.

Unter diesen Vorzeichen birgt Präsident Trumps Kampf gegen Freihandelsabkommen, gegen die Transpazifische Partnerschaft, gegen die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft und gegen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, strategisches Konfliktpotenzial in sich. Wenn Kriege und Krisen nur mit gemeinsamen Anstrengungen bewältigt werden können, kann sich eine Handelspolitik, die – wie dies in der bereits erwähnten Nationalen Sicherheitsstrategie 2015 geschrieben steht – Teil einer Gesamtstrategie ist, nicht allein von egoistischen Motiven leiten lassen. Kompromisse sind unumgänglich. Andernfalls läuft man Gefahr, sich unter eng verbündeten Staaten an ebenso kostspieligen wie zweitrangigen Streitfragen zu entfremden, wie dies die Differenzen zwischen den USA und Kanada nun zeigen: Die unter anderem auch auf Anstoss von Boeing erhobenen Strafzölle auf Bombardier-Passagierjets haben dazu geführt, dass Kanada auf den Kauf von F/A-18-E/F-Kampfflugzeugen der Firma Boeing verzichten will.

Die USA waren immer skeptisch gegenüber multilateralen Ansätzen, unter anderem auch schon bei der

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts. Die damals herrschende Hochkonjunktur von Menschenrechten und Demokratie bildete jedoch ein ausschlaggebendes Gegengewicht zur Politik der USA. Problematisch ist die Lage heute insofern, als Staaten, die gegen aufkeimenden Nationalismus wenig resistent zu sein scheinen, sich an Trumps Absicht orientieren, nationalen Interessen absoluten Vorrang einzuräumen.

Dieser Trend zeichnet sich bereits im engeren sicherheits- und militärpolitischen Rahmen ab – nämlich die auseinanderdriftenden staats- und aussenpolitischen Vorstellungen unter den Mitgliedstaaten der NATO und der EU. Weder die Türkei noch Ungarn und Polen sowie künftig vielleicht auch Tschechien verteidigen jene Werte, die der Nordatlantikvertrag in seiner Präambel als Basis der Allianz festgeschrieben hat. Und wie soll eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU überhaupt realisiert werden, wenn bereits bei der Migrations- und Flüchtlingsfrage kein gemeinsamer Handlungsrahmen gefunden werden kann? Ohne Gegensteuer dürften sich die EU, aber auch die NATO vermehrt inneren Zerreißproben ausgesetzt sehen und in langwierigen Diskussionen um die Frage, wie Bündnisverteidigung zu verstehen und mit welchen Mitteln sie auszustatten sei, erschöpfen.

Wie genau sich die USA in allen zuvor aufgeworfenen Fragen positionieren werden, bleibt vorderhand offen. Man wird sich weiterhin auf unsichere Zeiten einstellen müssen. Mehr Klarheit soll die jetzt in Bearbeitung stehende neue Nationale Sicherheitsstrategie schaffen. Aber auch dann ist nicht sicher, ob sich Trump in diesem strategischen Koordinatensystem bewegen wird. Und ob er sich in den kommenden Jahren zum Staatsmann mausern wird oder ob er Richard Nixon als «most paranoid of Presidents» ablösen wird, wie der frühere Präsidentenberater Arthur Schlesinger Nixon in seinen Tagebüchern beschreibt, wird sich weisen.

² Vgl. General Joseph F. Dunford, *Allies and Partners are Our Strategic Center of Gravity*, in: *Joint Force Quarterly* 87, 4th Quarter, October 2017, S. 4ff.



VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. www.vsww.ch), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleiben.

Unsere Mittel

Wir finanzieren unsere Publikationen durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

Unsere Publikationen

finden Sie unter: www.vsww.ch

Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,
Postfach 2407, 8021 Zürich 1

Internet: www.vsww.ch

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Spenden auf:

Credit-Suisse-Konto: CH36 0483 5046 8809 0100 0

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!